



NIEDERSCHRIFT

7. Sitzung (IX. Wahlperiode) Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Dienstag, 17.11.2015

Beginn:
16:00 Uhr

Sitzungsort:
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. **Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Wahl des/ der 1. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden und des/ der 2. Stellvertretenden Ausschussvorsitzenden IX/355
4. Anregung nach § 7 der Hauptsatzung der Stadt Korschenbroich vom 04.07.2014 IX/308
hier: Beantragung einer Anliegerstraße mit Änderung der Verkehrsführung; Straße Raderbroich
5. Haushalt 2016 IX/316.1
a) Beratung über die Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen
b) Beratungen über die 4. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012
6. Stellen- und Organisationsplan 2016 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe IX/320.1
7. Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2016 in Verbindung mit der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich IX/346
8. IT-Konzept der Stadt Korschenbroich 2015 IX/356

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

7. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich vom 17.11.2015

Seite 2 von 25

9. Mitteilungen
10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Personalmaßnahme IX/347
2. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
3. Mitteilung über die Vergabeentscheidung gemäß § 7 Abs. 4 der Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich IX/330
hier: Beschaffung eines Hilfeleistungs-Löschfahrzeuges HLF 20 für die Freiwillige Feuerwehr, Löschzug Kleinenbroich
4. Mitteilungen
5. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

7. Sitzung des Hauptausschusses Dienstag, 17. November 2015, 16:00 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Venten, Marc

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter

Brieske, Reinhard

Holzenleuchter, Peter

Hülser, Marlene

Kauerz, Wolfgang

Krappa, Gerd

Lieser, Wolfgang

Siegers, Thomas

(als Vertreterin für Erwin Roden)
(ab 16.27 Uhr)

SPD-Ratsfraktion

Fels, Peter-Josef

Jahny, Paul

Richter, Albert

Wagemann, Frank

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar

Goebel, Jutta

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen

Houben, Wolfgang

FDP-Ratsfraktion

Wolf-Kluthausen, Hanne

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Dückers, Thomas

Beigeordneter Onkelbach, Georg

Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus

Stadtoberverwaltungsrat Königsmark, Rainer

Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika

Pressesprecherin Schirmer, Silke

Stadtamtsrat Schröder, Achim

Stadtoberinspektor Raddatz, Felix

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

7. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich vom 17.11.2015

Seite 4 von 25

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 7. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der Sitzung meldet sich das Ausschussmitglied Thomas Siegers zu Wort und beantragt, den Tagesordnungspunkt 4 von der Tagesordnung zu streichen. Die betreffende Anregung der Republikaner NRW vom 25.09.2015 sei unzulässig, zudem sehe die Stadt die Verleihung einer Ehrenbürgerschaft nicht vor.

Der Hauptausschuss erklärt sich hiermit einstimmig einverstanden (Ausschussmitglied Wolfgang Kauerz war zu diesem Zeitpunkt nicht zugegen).

Die Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Stadtoberinspektor Felix Raddatz einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jutta Goebel einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Wahl des/ der 1. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden und des/ der 2. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Beschluss-Nr. IX/355	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich wählt aus seiner Mitte im Wege der Ersatzwahl das Ausschussmitglied Thomas Siegers zum 1. stellv. Ausschussvorsitzenden.	

4. Anregung nach § 7 der Hauptsatzung der Stadt Korschenbroich vom 04.07.2014 hier: Beantragung einer Anliegerstraße mit Änderung der Verkehrsführung; Straße Raderbroich

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass der Hauptausschuss der richtige Ausschuss für eine solche Beschwerde sei. Er schlägt jedoch vor, die Anregung zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Bau und Verkehr zu verweisen.

Beschluss-Nr. IX/308	Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich verweist die Anregung zur Beantragung einer Anliegerstraße mit Änderung der Verkehrsführung, Straße Raderbroich, einstimmig zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Bau und Verkehr.	

5. Haushalt 2016
a) Beratung über die Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen
b) Beratungen über die 4. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012

Bürgermeister Marc Venten teilt mit, dass die Haushaltsanträge der Fraktionen anhand einer Präsentation der Verwaltung zusammengefasst und zu Themenbereichen zugeordnet wurden. An dieser Struktur solle sich die weitere Beratung orientieren.

Ausschussmitglied Albert Richter empfiehlt, den Antrag der Fraktionen CDU / SPD bezüglich der Abgabe einer Resolution zur Beratung vorzuziehen, hierzu gibt es keine Vorbehalte.

Zu Beginn der Haushaltsberatungen weist Stadtkämmerer Thomas Dückers auf einige wesentliche Eckdaten des Haushaltsentwurfes hin. Zwischenzeitlich sei bekannt geworden, dass die Stadt im nächsten Jahr wieder Erstattungen aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz (ELAG) in Höhe von 257.163 € erhalten wird. Dieser Betrag ist im Haushalt wegen der vorherigen Drucklegung nicht veranschlagt. Des Weiteren teilt er mit, dass der Rhein-Kreis Neuss die Aufstellung eines Doppelhaushaltes sowie eine Anhebung des Kreisumlagesatzes beabsichtige. Es sei hinsichtlich der allgemeinen Kreisumlage und der Jugendamtumlage von Mehrbelastungen für die Stadt Korschenbroich von rund 1,5 Mio. € auszugehen. Die Gewerbesteuer sei mit 12 Mio. € für das Haushaltsjahr 2016 vorsichtig kalkuliert, aktuell befinden sich die Erträge rund 200.000 € hinter dem Ansatz.

Ferner teilt er mit, dass der Projektantrag für die Bundesmittel „Sportplatz Korschenbroich“ (90%-Förderung) gestellt sei. Die Förderentscheidung werde allerdings erst im Frühjahr 2016 getroffen werden. Um die Bereitschaft zu unterstreichen, sollten die entsprechenden Projektmittel mit Sperrvermerk samt Förderanteil im Haushalt veranschlagt werden.

Stadtkämmerer Thomas Dückers führt weiter aus, dass es dieses Jahr während der Offenlegung des Haushaltsentwurfes keine Einwendungen von Einwohnern gegeben habe. Die IHK habe trotz Aufforderung durch die Verwaltung keine Stellungnahme zum Haushalt abgegeben. Er weist darauf hin, dass die Haushaltssatzung im Entwurf einen Passus zum Budgetdeckungskreis „Abschreibungen“ beinhalte, der zwischenzeitlich rausgenommen wer-

den musste. Die überarbeitete Satzung wird dem Rat in seiner Sitzung am 26.11.2015 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Zum Thema Zuweisungen für Flüchtlingsunterbringung dauerten die Beratungen auf den staatlichen Ebenen noch an, das Land Nordrhein-Westfalen schlägt derzeit eine Unterstützungszahlung von 10.000 € pro Flüchtling und Jahr vor. Die Stadt erwarte im Übrigen mit Fälligkeit 01.12.2015 eine Erstattungszahlung von 1,13 Mio. € für die Flüchtlingsunterbringung vom Land.

Abschließend kündigt er an, dass die Stadt einen Nachtragshaushalt aufstellen werde, sofern die Mehrbelastungen durch die Kreisumlagen feststünden.

Die Haushaltsanträge der Fraktionen sind dieser Niederschrift als Anlage 1 bis 4 und wesentlicher Bestandteil beigelegt. Des Weiteren wird die Präsentation der Verwaltung der Urschrift der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

5.1 Stellungnahme des Rates zum Doppelhaushalt des Rhein-Kreises Neuss (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Thomas Siegers geht auf den Haushaltsantrag seiner Fraktion ein. Die zusätzliche Belastung durch Kreisumlagen in Höhe von 1,5 Mio. € gefährde die Erreichung der Zielsetzungen nach dem Stärkungspakt Stadtfinanzen.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben legt dar, dass die Entscheidung zur Erhöhung des Kreisumlagesatzes dem Kreistag obliegt und demzufolge die Vertreter der Kommunen selbst darüber abstimmen könnten. In diesem Zusammenhang fragt er an die CDU-Fraktion gerichtet nach, wie sich die CDU-Kreistagsabgeordneten bei einer Abstimmung verhalten würden, woraufhin Ausschussmitglied Thomas Siegers klarstellt, dass diese nicht weisungsgebunden sind, aber dennoch die Diskussion und der Standpunkt der Kommunen bekannt seien.

Ausschussmitglied Paul Jahny ergänzt, dass die Aufstellung eines Doppelhaushaltes für die Kommunen nachteilig sei. Diese Erkenntnis habe man in diesem Jahr gewonnen, da der Kreis entgegen seiner Zusagen den Kreisumlagesatz des Doppelhaushaltes 2014/2015 unter Berücksichtigung des Mitnahmeeffektes im zweiten Jahr nicht gesenkt habe. Für den Haushalt 2016 würde die durch den Kreis beabsichtigte Festlegung des Umlagesatzes bei der allgemeinen Kreisumlage sowie der Jugendamtsumlage eine Verschlechterung des Haushaltes in Höhe von 1,5 Mio. € bedeuten, dies entspräche umgerechnet Hebesatzpunkten von 130 v.H. bei der Grundsteuer B beziehungsweise einer Mehrbelastung pro Haushalt von 150 bis 200 € pro Jahr. Der Standpunkt der Kommunen müsse gegenüber dem Kreis deutlich vertreten werden.

Die Ausschussmitglieder Hanns-Lothar Endell und Jochen Andretzky erklären sich mit der Vorgehensweise einverstanden, das Verhalten der Kreistagsmitglieder bleibe abzuwarten.

Bürgermeister Marc Venten weist auf ein noch stattfindendes Koordinierungsgespräch hin, die Positionierung gegenüber dem Kreis sei klar.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen will den Vorschlag ebenfalls mittragen. Sie sieht allerdings den von Herrn Jahny erwähnten Vergleich der Mehrbelastungen mit Grundsteuer

B-Hebesatzpunkten negativ, da so der Eindruck erweckt werden könnte, dass die Mehraufwendungen des Haushaltes eins zu eins über die Grundsteuer B abgedeckt werden sollen.

Beschluss-Nr. IX/316.1.1	Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat, gegenüber dem Landrat des Rhein-Kreises Neuss sowie den im Kreistag vertretenen Fraktionen die im Haushaltsantrag von CDU und SPD, der als Anlage 1 wesentlicher Bestandteil dieser Niederschrift ist, enthaltene Stellungnahme abzugeben und die Bitte vorzutragen, diese in die anstehenden Haushaltsberatungen des Rhein-Kreises Neuss mit einzubeziehen.	

5.2 Sperrung von Mitteln aus der Sport-/Bildungspauschale (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter bezieht sich auf den gemeinsamen Haushaltsantrag von CDU und SPD und spricht sich für eine Unterstützung des Vorhabens „zentrale Sportanlage“ aus. Der städtische Eigenanteil bei einer Bezuschussung durch den Bund, wie beantragt, solle nicht zu einer Mehrbelastung für den Haushalt führen, daher werde eine Sperrung von „freien Mitteln“ beabsichtigt.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben weist darauf hin, dass die Maßnahme nur im Falle der 90 % - Bezuschussung durch den Bund durchgeführt werde, ansonsten nicht. Daraufhin stellt Bürgermeister Marc Venten klar, dass diese Voraussetzung bereits im entsprechenden Ratsbeschluss vom 27.10.2015 formuliert ist.

Beschluss-Nr. IX/316.1.2	Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat, bis zu einer Entscheidung über einen 90%igen Zuschuss aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ für die Sanierung der Freisportanlage Korschenbroich die nicht gebundenen Mittel aus der Sportpauschale zu sperren. Darüber hinaus sind in Höhe der Differenz aus dem 10%igen Eigenanteil der Kommune und den zu sperrenden Mitteln der Sportpauschale Mittel aus der Bildungspauschale zu sperren. Grundlage sind die kalkulierten Projektkosten in Höhe von 1,6 Mio. €.	

5.3 Vollstreckung von Geldforderungen (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell stellt den Haushaltsantrag der Fraktion Die Aktive vor und erläutert die aus seiner Sicht bestehende Problematik im Bereich der Vollstreckung von Forderungen.

Stadtkämmerer Thomas Dückers stellt in Aussicht, dass ein entsprechender Bericht demnächst vorgelegt werden könne. Stadtoberverwaltungsrat Rainer Königsmark ergänzt, dass diverse Maßnahmen der Vollstreckung, die auch aus der Begründung des Haushaltsantrages hervorgingen, bereits umgesetzt würden.

Beschluss-Nr. IX/316.1.3	Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, im nächsten erreichbaren Hauptausschuss einen Bericht zur Vollstreckung von Geldforderungen zu geben.	

5.4 Sperrung der investiven Ansätze im Bereich Feuerschutz (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell thematisiert den Entwurf des Brandschutzbedarfsplanes. Eine Beratung hierzu habe zuletzt im August diesen Jahres stattgefunden. Bis zur endgültigen Beschlussfassung über den Brandschutzbedarfsplan beantrage seine Fraktion, alle vorgesehenen investiven Haushaltsansätze im Bereich Feuerschutz für das Jahr 2016 zu streichen, um vorab keine Fakten zu schaffen.

Ausschussmitglied Albert Richter stellt dar, dass der Haushaltsantrag seiner Ansicht nach ins Leere greifen würde. Die im Haushalt vorgesehenen investiven Ansätze bezogen sich entweder auf bereits bestellte Fahrzeuge, oder auf den Neu-/Umbau von Gerätehäusern, für die ohnehin noch kein Standort gefunden sei.

Auch Ausschussmitglied Thomas Siegers sieht keine Notwendigkeit für eine Sperrung der Mittel, dies würde darüber hinaus ein falsches Zeichen für die Öffentlichkeit und die Freiwillige Feuerwehr setzen.

Stadtkämmerer Thomas Dückers bestätigt, dass eine Sperrung keinen Sinn ergeben würde. Bezüglich der politischen und fachlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der investiven Veranschlagung würde die Verwaltung ohnehin nur auf entsprechende Vorgaben des Rates hin aktiv. Daraufhin zieht Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell den Haushaltsantrag zurück.

5.5 Sperrung von Haushaltsmitteln für ein soziales Wohnungsbauprojekt (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Peter Berger sieht es als erforderlich an, dass die Verwaltung zunächst einen Vorschlag machen soll, welche Alternative der Realisierung bei Abwägung von Vor- und Nachteilen gewählt werden sollte. Es ginge sich insbesondere auch um die langfristige Bereitstellung von Wohnraum. Bis zum Ergebnis der Prüfung seien die Mittel von 2,5 Mio. € im Haushalt 2016 zu sperren.

Ausschussmitglied Albert Richter schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und betont die Notwendigkeit, dass der Rat eine eindeutige Richtung bei Vorliegen aller gebündelter Informationen vorgibt. Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell wirft ein, dass der Haushaltsantrag lediglich einen Prüfauftrag an die Verwaltung darstelle.

Des Weiteren gibt Ausschussmitglied Wolfgang Houben zu bedenken, dass eine Ausgabe ohnehin nur im Einvernehmen mit der Politik erfolgen könne und eine Sperrung der Mittel daher entbehrlich sei. Dem widerspricht der Beigeordnete Georg Onkelbach. Aufgrund der Bereitstellung der Haushaltsmittel durch den Rat liege die Ermächtigung für die Verwaltung zur Ausgabe der Mittel vor. Dies gelte natürlich nur im Rahmen der Vorgaben durch den Rat. Der geforderte Bericht werde inklusive einer Darstellung der Folgekosten zeitnah, spätestens zu Beginn des Jahres 2016, durch die Verwaltung vorgelegt. Die Nachfrage des Ausschussmitgliedes Jochen Andretzky, ob auch Kooperationen mit gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften in Erwägung gezogen würden, bejaht er.

Beschluss-Nr. IX/316.1.4	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, in Bezug auf die im Haushalt vorgesehenen Investitionsmittel zur Errichtung eines sozialen Wohnungsbauprojektes im Gebiet Holzkamp-West in Höhe von 2,5 Mio. € die Vor- und Nachteile der folgenden alternativen Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Umsetzung des Projektes durch die Stadt Korschenbroich (wie im Haushalt vorgesehen)• Umsetzung des Projektes durch eine Tochtergesellschaft der Stadt Korschenbroich (z.B. WEK, Reha Bau GmbH)• Umsetzung des Projektes durch einen externen Investor <p>Bis zum Ergebnis der Prüfung sind die entsprechenden Mittel zu sperren.</p>	

5.6 Aufstellung des Haushaltsentwurfes / Transparenz (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen spricht sich für eine vereinfachte Darstellung des Haushaltsplanes aus und fragt nach, ob die Verwaltung auch Zeitreihenbetrachtungen sowie eine detailliertere Darstellung des Produktbereiches 16 vorlegen könnte.

Bürgermeister Marc Venten weist auf die gesetzlich vorgegebenen Formvorschriften für einen Haushaltsplan hin. Auch Ausschussmitglied Albert Richter bestätigt, dass Form und Inhalt des Haushaltsplanes rechtlich vorgegeben seien. Im Übrigen seien die durch die FDP-Fraktion gewünschten zusätzlichen Infos bereits jetzt im Haushalt enthalten. Beispielsweise würden zu jedem Teilergebnisplan die Jahre 2014 bis 2019 ausgewiesen werden.

Stadtkämmerer Thomas Dückers und Stadtoberverwaltungsrat Rainer Königsmark erklären, dass die von der FDP-Fraktion gewünschten zusätzliche Informationen problemlos aufgenommen werden könnten und sagen eine Prüfung zu. Im Haushaltsplan sei auf der Seite 6 bereits eine Übersicht über alle Produkte enthalten, diese könnte um weitere Jahre ergänzt werden.

5.7 Schließung der Verwaltungsnebenstellen Kleinenbroich und Glehn (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell gibt einen Überblick über die Beratungen zu dem Thema Verwaltungsnebenstellen in den letzten Jahren. Er argumentiert für eine Schließung der beiden Nebenstellen in Glehn und Kleinenbroich.

Ausschussmitglied Peter Berger lehnt eine Schließung ab.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack sieht die Nebenstellen als unabdingbar an. Schließlich könne der Bürgerbus zum Teil Menschen mit Behinderung nicht transportieren. Letzteres wird von Ausschussmitglied Wolfgang Houben dementiert.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen signalisiert ihre Zustimmung zu dem Haushaltsantrag. Eine ausreichende Mobilität sei auch für körperlich eingeschränkte Menschen gegeben, die Aufrechterhaltung von Nebenstellen sei außerdem nicht mehr zeitgemäß.

Ausschussmitglied Jutta Goebel zeigt auf, dass in den Räumlichkeiten der Nebenstellen in Kleinenbroich und Glehn vermutlich demnächst Flüchtlinge untergebracht werden müssten. An Herrn Makowiack gewandt entgegnet sie, dass nach dessen Argumentation in jedem Ortsteil eine Nebenstelle der Verwaltung unterhalten werden müsste, was unrealistisch sei.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen belegt anhand von Zahlen die Frequentierung der beiden Nebenstellen. Eine Auswertung aus dem Jahre 2012 komme zu dem Ergebnis, dass durchschnittlich in Kleinenbroich pro Tag 11 und in Glehn 19 Bürger die Nebenstelle aufsuchten. An Herrn Endell gerichtet erläutert er, dass damals ein Mitarbeiter der Verwaltung mit einer Vollzeitstelle das Angebot in Kleinenbroich und Glehn abgedeckt habe. Mittlerweile seien die Öffnungszeiten sowie die Personalkosten und Stellenanteile reduziert worden.

Beschluss-Nr. IX/316.1.5	Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Fraktion Die Aktive, die Verwaltungsnebenstellen Kleinenbroich und Glehn zu schließen, mit den Gegenstimmen von CDU und SPD sowie des Bürgermeisters, ab.	

5.8 Zusammenlegung der Eigenbetriebe (Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Jochen Andretzky stellt den Haushaltsantrag seiner Fraktion vor und bezieht sich auf Vorschläge, die der Wirtschaftsprüfer im Betriebsausschuss gemacht habe.

Ausschussmitglied Thomas Siegers erklärt, dass das Thema bekannt sei und fragt nach, ob es die angesprochene Empfehlung des Wirtschaftsprüfers tatsächlich gab.

Beigeordneter Georg Onkelbach führt aus, dass die Anregung des Wirtschaftsprüfers so vorgestellt wurde. Allerdings müssten diesbezüglich noch weitere Aufgaben untersucht werden. Dies werde im Beisein des Wirtschaftsprüfers geschehen. Eine Thematisierung sei im nächsten Betriebsausschuss vorgesehen, wobei die konkrete Zeitschiene noch unklar sei.

Der Diskussion folgend schlägt Bürgermeister Marc Venten vor, den Haushaltsantrag von Bündnis 90 / Die Grünen in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Ausschussmitglied Paul Jahny hält eine Abstimmung für entbehrlich, da die Verwaltung derzeit schon prüfe. Ausschussmitglied Albert Richter möchte die Vorlage durch die Verwaltung in eine der nächsten Sitzungen als modifizierten Beschlussvorschlag aufnehmen.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack fragt nach, warum sowohl die Stadt, als auch der Wirtschaftsprüfer mit den Untersuchungen beschäftigt werden. Darauf antwortet der Beigeordnete Georg Onkelbach, dass der Wirtschaftsprüfer insbesondere die bilanziellen Auswirkungen einer Zusammenlegung prüfe, während die Verwaltung speziell organisatorische Aspekte der Zusammenfassung zu untersuchen habe.

Ausschussmitglied Albert Richter bittet im Rahmen der Zusammenlegung um eine Berücksichtigung des Tarifrechtes hinsichtlich der Untersuchungen.

Beigeordneter Georg Onkelbach entgegnet, dass bereits jetzt Synergien beim Personal erreicht würden, diese werde auch im Falle einer Zusammenlegung der Eigenbetriebe so bleiben.

Beschluss-Nr. IX/316.1.6	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, die Zusammenlegung der Eigenbetriebe zu prüfen und die Ergebnisse der Untersuchungen in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.	

5.9 Prüfauftrag Führung Gewereregister (FDP)

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen meldet sich zu Wort und erläutert, dass im Amt 32 einige personelle Veränderungen in diesem Jahr umgesetzt wurden. Hinweise hierzu seien im Haushaltsplan bei den Personalkostenerläuterungen enthalten. Eine neue Geschäftsverteilung sei noch in Arbeit. Mittlerweile sei eine Kraft ausgeschieden, die Stelle sei aber noch im Stellenplan enthalten. Bei den Aufwendungen (Ansatz 2016) handele es sich um einen Fehler, diese müssten dem Produkt „AsylBLG“ zugeordnet werden.

Bürgermeister Marc Venten versteht den Haushaltsantrag als Anfrage, die nunmehr geklärt sei, dies wird von Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen bestätigt.

5.10 Aufbau eines integrierten Datenbanksystems im Gebäudemanagement (CDU/SPD), Erzielung von Effizienzeffekten (Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Albert Richter bezieht sich auf den Haushaltsantrag und erklärt die Notwendigkeit einer vorherigen Datenerfassung, um darauf aufbauend Personal- und Sachentscheidungen treffen zu können. Sofern erforderlich zeigt er sich auch der Beauftragung von externen Kräften für die Erfassung nicht abgeneigt. Anschließend verdeutlicht er, dass der Gebäudebestand der Stadt kontinuierlich wächst. Er schlägt vor, den Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erst nach Vorliegen der geforderten Ergebnisse zu beraten und bis dahin zu vertagen.

Daraufhin geht Ausschussmitglied Jochen Andretzky auf den Haushaltsantrag seiner Fraktion ein und stellt bezogen auf die Ausführungen des Herrn Richter infrage, ob die Datenerfassung die Lösung für die Haushaltsprobleme sei. Schließlich kenne die Verwaltung bereits jetzt die Möglichkeiten, beim Gebäudebestand Einsparungen zu erzielen und solle daher selber entscheiden. Insofern gehe der Vorschlag von CDU und SPD in die falsche Richtung.

Ausschussmitglied Thomas Siegers betont dagegen, dass ohne das Vorliegen der Daten die Entscheidungsgrundlage fehle.

Beigeordneter Georg Onkelbach bezieht sich auf die Vorredner und stellt heraus, dass die entsprechenden Daten in der Verwaltung vorlägen. Am Beispiel des Gymnasiums veranschaulicht er, warum die beabsichtigte Datenerfassung dennoch einer Entscheidung vorgeklagt werden sollte: So sei inzwischen bekannt, dass das Gymnasium eine vergleichsweise hohe Fläche hat. Gleichzeitig fehlten aber demnächst Klassenräume. Des Weiteren würde das zugrunde liegende Gutachten des Beraters Dr. Knirsch keine eindeutigen Aussagen zu Personalabbau beim Gebäudemanagement beinhalten. Sein Fachbereich habe für den Haushalt 2016 Mittel für externe Beratungen hinsichtlich der Datenerfassung in Höhe von 40.000 € beantragt, diese wurden jedoch nach interner Diskussion in der Verwaltung nicht veranschlagt. Aufgrund der derzeitigen Auslastung seiner Mitarbeiter würden sich die beabsichtigten Erfassungsarbeiten verzögern.

Bezogen auf die im Gutachten enthaltenen Untersuchungen im Bereich Reinigung teilt er mit, dass es seine Intention sei, Privatisierungen der Gebäudereinigung umzusetzen. Allerdings sei hierfür eine Zustimmung des Personalrates notwendig (Umstellung Eigenreinigung auf Fremdreinigung), diese läge nicht vor. Demzufolge seien Einsparungen für den Haushalt nur über die Aufgabe von Flächen zu erzielen.

Stadtkämmerer Thomas Dückers berichtet von einer zurzeit stattfindenden überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW), die auch eine Betrachtung der Flächen einschließt. Er empfiehlt, so lange abzuwarten, bis hierzu Ergebnisse vorliegen.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden und zieht den Antrag seiner Fraktion zurück. Er weist in Bezug auf die Aussagen des Herrn Onkelbach darauf hin, dass die Einsparpotenziale explizit im Gutachten ausgewiesen seien.

Nach Auffassung des Ausschussmitgliedes Albert Richter liegt das Kernproblem darin, dass eine entsprechende Software vorliege, aber nur teilweise genutzt werde. Die Software sei gekauft und der Gutachter empfiehlt die Nutzung, also sei in der Sache Eile geboten. Dies bekräftigt auch das Ausschussmitglied Paul Jahny nochmals. Schließlich sei die externe Prüfung des Amtes 60 durch Stärkungspaktmittel der GPA NRW finanziert worden, eine Vertagung der Problemlösung müsse vermieden werden. Es fehle im Übrigen an einer Konzeption der Verwaltung, die Empfehlungen des Gutachters umzusetzen.

Bürgermeister Marc Venten plädiert dafür, die Prüfung durch die GPA abzuwarten, dies ermögliche eine fundierte Entscheidung. Diese Einschätzung wird durch die Ausschussmitglieder Hanns-Lothar Endell und Wolfgang Houben mitgetragen. Herr Endell teilt in diesem Kontext sein Bedauern mit, dass es an dem politischen Willen fehle, tatsächlich Flächen abzubauen. Herr Houben bemängelt, dass eine Betrachtung von Aufwand und Kosten bezüglich der Nutzung des Datenbanksystems fehle.

Ausschussmitglied Thomas Siegers versteht den Haushaltsantrag als eine folgerichtige Entscheidung aufgrund der Empfehlungen des Gutachters.

Ausschussmitglied Peter Josef Fels greift die Diskussion nochmals auf und bezeichnet ein weiteres Abwarten in der Sache als nicht zielführend. Er stellt die Frage, warum die Verwaltung überhaupt bereits im Jahre 2012 ein Datenbanksystem angeschafft habe, das dann nicht genutzt werde.

Beigeordneter Georg Onkelbach sagt zu, eine Konzeption der Verwaltung zur Erledigung der notwendigen Arbeiten vorzulegen. Anschließend stellt Bürgermeister Marc Venten den Prüfungsauftrag der CDU/SPD zur Abstimmung.

Beschluss-Nr. IX/316.1.7	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeit des Aufbaus eines integrierten Datenbanksystems zur Steuerung der wesentlichen gebäudewirtschaftlichen Prozesse im Rahmen der Organisationsuntersuchung zur Optimierung des Amtes 60 unter Kosten- und Kapazitätsaspekten (auch unter Berücksichtigung externer Unterstützung bei der notwendigen Datenerfassung) zu prüfen und das Ergebnis dem Hauptausschuss schnellstmöglich vorzulegen.</p>	

5.11 Zuwendungen an die Fraktionen (Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben geht auf die Übersicht der Fraktionszuwendungen im Haushaltsplan ein und spricht sich dafür aus, auch die geldwerte Nutzung von Räumlichkeiten durch Fraktionen abzubilden.

Bürgermeister Marc Venten weist auf einige Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang hin. Nach § 8 Abs. 3 c) der Gebührensatzung für städtische Einrichtungen seien Parteien von Gebühren befreit. Man müsse also einen fiktiven Satz unterstellen. Gleiches müsste man dann auch auf Vereine anwenden. Im Übrigen erkenne er den Mehrwert des Haushaltsantrages nicht.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky unterstreicht, dass es sich bei der Übersicht über die Fraktionszuwendungen um ein verbindliches Muster handelte, dass dem Haushaltsplan beizufügen ist. Der Ausweis der geldwerten Vorteile von Fraktionen sei Pflicht. Eine unkomplizierte fiktive Berechnung sollte möglich sein.

Dies stößt auf Kritik von Seiten der Ausschussmitglieder Peter Josef Fels und Albert Richter. Die Inanspruchnahme von Räumlichkeiten, nicht nur explizit der Alten Schule Steinstraße, sei jeder Fraktion selbst überlassen. Auch Ausschussmitglied Thomas Siegers hält eine Diskussion für überflüssig.

Stadtverwaltungsrat Markus Drohen macht abschließend auf die Problematik der Berechnung eines fiktiven geldwerten Vorteils bei Raumnutzungen aufmerksam.

Beschluss-Nr. IX/316.1.8	Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Haushaltsantrag von Bündnis 90 / Die Grünen, den tatsächlichen Geldwert der regelmäßigen Bereitstellung von Räumen für Fraktionen in der Anlage zum Haushaltsplan getrennt für jede Fraktion auszuweisen, bei Ja-Stimmen von Die Aktive, Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP mehrheitlich ab.</p>	

5.12 Deregulierung / Überprüfung ortsrechtlicher Bestimmungen (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell geht auf den Antrag seiner Fraktion ein und erklärt, dass dieser als Anregung zu verstehen sei. Auf Nachfrage von Bürgermeister Marc Venten

beabsichtige er eine gezielte Durchforstung aller Satzungen, da die Anzahl überschaubar sei.

Beschluss-Nr. IX/316.1.9	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, das Ortsrecht der Stadt im Hinblick auf überflüssige und / oder veraltete Satzungen zu überprüfen und dem Rat zur Entscheidung (Streichung) vorzulegen.	

5.13 Prüfauftrag Presse- / Öffentlichkeitsarbeit (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen stellt dar, dass im Produkt Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Haushaltsansatz für Personalaufwendungen stark angestiegen sei und bittet um eine Erklärung.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen antwortet, dass dies mit einer Änderung der Geschäftsverteilung zusammenhänge. Die Stellenanteile einer Mitarbeiterin, die vorher dem Produkt Verwaltungsführung zugeordnet worden seien, wären nunmehr in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verschoben worden. Auch diverse Sachaufwendungen seien in diesem Zusammenhang zwischen den Produkten verschoben worden.

5.14 Tausch Gewerbeflächen / Holzkamp (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Thomas Siegers ergreift das Wort und erläutert den gemeinsamen Haushaltsantrag von CDU und SPD.

Ausschussmitglied Albert Richter bestätigt seinen Vorredner und weist darauf hin, dass eine schnelle Erledigung wichtig wäre zur Realisierung neuer Gewerbeflächen und damit verbundenen Steuereinnahmen für den Haushalt. Ausschussmitglied Wolfgang Houben schließt sich den Ausführungen an, da das Gewerbegebiet Holzkamp ohnehin damals als ungeeignet bewertet worden sei.

Ausschussmitglied Jutta Goebel fragt nach, ob der Vorschlag auch die Fläche, die für die Feuerwehr gedacht war, mit einschließe.

Beigeordneter Georg Onkelbach antwortet, dass dies nicht der Fall sei. Der von Frau Goebel angesprochene Bereich befinde sich in einer Gemeindebedarfsfläche. Im Übrigen sei der Haushaltsantrag aus seiner Sicht zielführend, er bedürfe allerdings noch einer internen Abstimmung und Beratung.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen, ob auf dem bisher als Gewerbefläche ausgewiesenen Gebiet Holzkamp-West jetzt Wohnbebauung angedacht sei, antwortet der Beigeordnete Georg Onkelbach, dass er dies nicht als zwingend ansehen würde.

Des Weiteren habe die Bezirksregierung Düsseldorf über den beabsichtigten Tausch von Flächen zu entscheiden.

Beschluss-Nr. IX/316.1.10	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, ob ein Tausch der im Gebiet Holzkamp ausgewiesenen, bisher nicht entwickelten, Gewerbeflächen im Rahmen eines Umlegungsverfahrens gegen Flächen mit günstigeren Standortfaktoren möglich ist. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, einen Vorschlag für die Umlegung der Gewerbeflächen an einen oder mehrere geeignete Standorte zu unterbreiten.	

5.15 Aktualisierung Prioritätenliste Straßenunterhaltung (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Thomas Siegers geht auf den Haushaltsantrag ein und stellt fest, dass der Unterhaltungsbedarf der Straßen die vorhandenen Haushaltsmittel übersteigen würde. Mithilfe einer aktualisierten Prioritätenliste könne die Verwaltung den Unterhaltungstau sukzessive abbauen.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack meldet sich zu Wort und spricht auf einen Mißstand betreffend die behindertgerecht umgebauten Buswartehallen an. So seien die Abrundungen des Bürgersteiges ungeeignet, um mit einem Rollstuhl darüber zu rollen. Seiner Meinung nach sei die damalige Maßnahme ein sinnloser Umbau gewesen.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach erläutert, dass der angesprochene Umbau im Sinne der geltenden Richtlinien (barrierefreier Einstieg in entsprechende Busse) ausgeführt wurde. Seinerzeit wurden 40 Buswartehallen mit Finanzmitteln aus dem Konjunkturprogramm des Bundes finanziert. Allerdings musste die Stadt letztendlich fast die Hälfte der Kosten selber tragen, da der Bund die Mittel pro Haltestelle gedeckelt hatte und die Kosten der Stadt häufig höher waren.

Beschluss-Nr. IX/316.1.11	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, einen Vorschlag für die Aktualisierung der noch aus den neunziger Jahren stammenden Prioritätenliste zur Instandsetzung und Unterhaltung von Straßen in der Stadt Korschenbroich zu unterbreiten.	

5.16 Ablösung von Stellplätzen (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell stellt den Haushaltsantrag vor.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach gibt an, dass der Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten in diesem Zusammenhang begrenzt sei. Bereits jetzt würde sich die Höhe der Stellplatzablösung an der oberen Grenze des Möglichen orientieren, daher rate er zur Vorsicht und verweist diesbezüglich auch auf andere Kommunen. Die Stadt sei in dieser Sache gut aufgestellt. Außerdem gebe es dieses Jahr beispielsweise erst zwei Fälle von Stellplatzablösungen, die Bedeutung sei also gering.

Der Haushaltsantrag wird daraufhin zurückgezogen.

5.17 Konsolidierungspotenzial Bürgerhäuser (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen spricht die bestehende Haushaltsnotlage der Stadt Korschenbroich an. Bislang hätten sich aus den diesjährigen Haushaltsberatungen keine Einsparvorschläge ergeben. Daher bittet sie darum, das Thema „Konsolidierungspotenzial Bürgerhäuser“, das schon Gegenstand vergangener Beratungen war, erneut zu thematisieren. Schließlich gebe es ausreichend Räumlichkeiten, die stattdessen genutzt werden könnten.

Bürgermeister Marc Venten nimmt dazu Stellung und weist auf zwei Punkte hin. Erstens prüfe die GPA NRW derzeit die Flächen der Stadt. In einer Vorbesprechung sei schon zur Sprache gekommen, dass die GPA keine Trennung von öffentlichen Flächen aufgrund der aktuellen Flüchtlingsproblematik empfehlen werde. Zweitens sei zwar im Allgemeinen die Mobilität der Bevölkerung gestiegen, dennoch sei die Stadt Korschenbroich eine Flächengemeinde mit funktionierenden Stadtteilen. Die Bürgerhäuser sollten seiner Ansicht nach auch weiterhin den Vereinen und Ehrenamtlern durch die Stadt zur Verfügung gestellt werden.

Auf den Einwurf von Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen, dass dann die Konsequenz für das Weiterbestehen der Bürgerhäuser Steuererhöhungen seien, antwortet der Bürgermeister, dass er gerne bereit sei, diesen Beitrag zu leisten. Im Übrigen handele es sich nicht nur um eine finanzielle, sondern auch politische Frage.

Ausschussmitglied Paul Jahny spricht sich auch für das Fortbestehen der Bürgerhäuser als Immobilien der Stadt aus und hebt die Relation der Kosten für die Bürgerhäuser und der um 1,5 Mio. € gestiegenen Kreisumlagen hervor.

Laut Ausschussmitglied Thomas Siegers seien die Bürgerhäuser kein Luxus, stattdessen habe das gemeindliche Vereinswesen einen hohen Stellenwert für die Stadt, der die entstehenden Kosten rechtfertige. Auch das Ausschussmitglied Reinhard Brieske lehnt den Vorschlag mit Bezug auf die seinerzeit geführten Diskussionen zur Grundschule Liedberg und Pesch ab.

Ausschussmitglied Jutta Goebel schlägt vor, anhand der letztes Jahr durch die Verwaltung angestellten Überlegungen die Bürgerhäuser nach den Nutzern zu überprüfen (Vereine, OGTS, Musikschule). Dann wäre anschließend ggf. eine Differenzierung bezüglich einer Veräußerung möglich. Bürgermeister Marc Venten erwidert, dass kein Bürgerhaus überflüssig sei.

Beigeordneter Georg Onkelbach legt dar, dass im Rahmen der laufenden Prüfungen das Flächenmanagement inklusive der durch Frau Goebel angesprochenen Differenzierung bei den Bürgerhäusern ohnehin nochmals thematisiert werden würde.

Abschließend lobt Ausschussmitglied Wolfgang Houben die Kooperationsbereitschaft der Einwohner. Zum Beispiel hätte es für das Gebäude Bahnhof Kleinenbroich eine verträgliche Vereinbarung gegeben. Ein Verzicht auf Bürgerhäuser sei seiner Meinung nach nicht möglich, da die Einmaleffekte den Haushalt nicht sanieren würden.

Beschluss-Nr. IX/316.1.12	Abstimmungsergebnis: 1 Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der FDP-Fraktion zum Konsolidierungspotenzial Bürgerhäuser bei einer Ja-Stimme der FDP und Stimmenthaltungen der Fraktion Die Aktive mehrheitlich ab.	

5.18 Erstellung Prioritätenliste Instandhaltung von Spielplätzen (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter bezieht sich auf den Haushaltsantrag und erklärt, dass zwischenzeitlich eine Auswertung der Verwaltung vorliege.

Beschluss-Nr. IX/316.1.13	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, einen Vorschlag für eine Prioritätenliste für die Instandsetzung und Unterhaltung von Spielplätzen in der Stadt Korschenbroich zu unterbreiten.	

5.19 Prüfauftrag Park-, Gartenanlagen und Spielplätze (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen stellt den Vorschlag vor, die Kosten für Park-, Gartenanlagen und Spielplätze zu deckeln.

Dafür sieht der Beigeordnete Georg Onkelbach keinen Spielraum. Die Pflegestandards seien ohnehin niedrig. Außerdem gebe es keinen direkten Zusammenhang von Kosten für den städtischen Haushalt und den Pflegestandards. Zuständig sei der Stadtpflegebetrieb, auf die Kosten könne man folglich nur über dessen Wirtschaftsplan Einfluss nehmen.

Die Ausschussmitglieder Peter Berger und Albert Richter betonen, dass es sich bei den Unterhaltungskosten hauptsächlich um Personalkostenanteile handelte und die Stadt keine betriebsbedingten Kündigungen ausspreche.

Beschluss-Nr. IX/316.1.14	Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Haushaltsantrag der Fraktion FDP, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu Park-, Gartenanlagen und Spielplätze vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung zu erteilen, bei Ja-Stimmen von Die Aktive und der FDP mehrheitlich ab.	

5.20 Prüfauftrag Öffentlichkeitsanteil Bestattungswesen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert den Haushaltsantrag und hält ein Konsolidierungspotenzial für die Stadt für realisierbar.

Beigeordneter Georg Onkelbach gibt einen Einblick in die Berechnung des Öffentlichkeitsanteils und stellt den Bezug zu den Friedhofsgebühren her. Aktuell liege der Öffentlichkeitsanteil, der durch den städtischen Haushalt getragen werde, bei 25 %, dies sei als Subventionierung der Friedhofsgebühren zu verstehen. Anschließend bezieht er sich auf das über die Jahre veränderte Nutzerverhalten (geringerer Flächenbedarf bei Friedhöfen) und erläutert, dass bestimmte Stilllegungsflächen bereits aus den Gebühren rausgerechnet würden. Jedoch sei häufig eine andere Nutzung der stillgelegten Flächen aufgrund der Lage nicht möglich.

Der Haushaltsantrag wird daraufhin zurückgezogen.

5.21 Nutzungszeit IT-Hardware an Schulen (Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben geht auf den Haushaltsantrag ein. Auf Nachfrage von Bürgermeister Marc Venten stellt er heraus, dass er eine Angleichung der Nutzungszeiten von Schulen und Verwaltung beabsichtige. Der Bürgermeister erklärt daraufhin, dass aktuell die Hardware der Schulen gekauft werde, die PCs der Verwaltung dagegen über ein Leasing mit Vollwartung bereitgestellt würden.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen beschreibt eingehend die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Nutzungszeiten und diskutiert die Wirtschaftlichkeit. Er kommt zu dem Ergebnis, dass eine haushaltsneutrale Anpassung der Nutzungszeiten nicht machbar sei. Im Übrigen sei die Schullandschaft nach seinen Informationen durchaus zufrieden mit der Bereitstellung und Betreuung der Hardware durch die Verwaltung.

Daraufhin räumt Ausschussmitglied Wolfgang Houben ein, dass die beantragte Vorgehensweise nur unter der Voraussetzung der Haushaltsneutralität zielführend sei. Er fügt die Frage an, ob bezüglich der ITK-Leistungen auf der einen und interkommunalen Projekten (KoPart) auf der anderen Seite durch die Verwaltung Vergleichsberechnungen angestellt worden seien. Interessant seien dabei die Aspekte Preis, Ausschreibung und Erleichterung der Beschaffung.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen sagt einen entsprechenden Vergleich zu. Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell teilt er mit, dass die Stadt Korschenbroich kein Mitglied bei KoPart sei. Daraufhin wird der Haushaltsantrag zurückgezogen.

5.22 Sponsoring (Die Aktive)

Ausschussmitglied Jutta Goebel erläutert den Antrag der Fraktion Die Aktive und spricht auf den in der Begründung genannten Fall an, dass auf ein angebotenes Bürgersponsoring keine Resonanz der Verwaltung erfolgt sei.

Beigeordneter Georg Onkelbach geht auf den vorgetragenen Sachverhalt ein und grenzt den Begriff Sponsoring von einer Spende ab. Den Antrag der Aktiven sehe er positiv.

Ausschussmitglied Jutta Goebel ergänzt, dass insbesondere der Kontakt zu den Bürgern, die sich aktiv einbringen wollen, entscheidend sei. Auf den Einwurf von Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen, dass aktive Werbung durch die Verwaltung z.T. gar nicht zulässig sei und überdies nur einen geringen Anteil zur Haushaltssanierung beitrage entgegnet sie, dass dennoch ein Beitrag für den Haushalt geleistet würde.

Stadtkämmerer Thomas Dückers gibt zu bedenken, dass es zum Teil problematisch sei, Sponsoren für Projekte gewinnen zu können.

Ausschussmitglied Albert Richter fasst zusammen, dass der Haushaltsantrag gemäß der Formulierung eine Selbstverständlichkeit sei, sofern sich alles im Rahmen des rechtlich Zulässigen bewege.

Beschluss-Nr. IX/316.1.15	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, in Zukunft von Bürgerinnen und Bürgern angebotenes Sponsoring im Rahmen der rechtlichen Grenzen aktiv zu unterstützen.	

5.23 Prüfauftrag Alarmierungszentrale (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen geht auf den Haushaltsantrag ein und gibt einen Überblick über die Tätigkeiten der Alarmierungszentrale. Ihrer Meinung nach handele es sich de facto eher um eine „Gerätemeisterei“. Diese freiwillige Leistung könne sich die Stadt Korschenbroich als Nothaushaltskommune nicht mehr leisten. Andere Kreiskommunen hätten ihre Alarmierungszentralen längst aufgegeben. Zudem fragt sie nach, ob eine aktuelle Kostenberechnung vorliege.

Bürgermeister Marc Venten geht auf die Tätigkeiten der Mitarbeiter der Alarmierungszentrale ein. Die Erstalarmierung erfolge über die Leitstelle in Neuss, die „Nachbetreuung“ der Einsätze sei Sache der Alarmierungszentrale vor Ort. Dies bringe den Vorteil einer besseren Ortskenntnis mit sich. Bezogen auf den Vergleich mit Kreiskommunen führt er weiter aus, dass Jüchen beispielsweise auch eine Gerätemeisterei hätte, die Städte Kaarst und Meerbusch würden außerdem auch eigene Alarmierungszentralen unterhalten.

Stadtkämmerer Thomas Dückers gibt zur Kenntnis, dass das Thema anhand einer Liste der Verwaltung über Konsolidierungspotenziale bereits im letzten Jahr beraten wurde. Damals sei entschieden worden, die Diskussion bis zur Entscheidung über den neuen Brandschutzbedarfsplan zurückzustellen.

Der Haushaltsantrag wird daraufhin zurückgezogen.

5.24 Konsolidierungspotenzial Familienrabatt bei Grundstücksverkäufen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen spricht mögliche Einsparungen beim Wegfall des Familienrabattes von rund 80.000 € jährlich an. Sie stellt in Frage, ob diese freiwillige Leistung wirklich notwendig sei oder ob es andere Möglichkeiten der Förderung von Familien gebe.

Beigeordneter Georg Onkelbach erläutert kurz die Rabattierung nach verschiedenen Kriterien. Damit würde man wirkungsvoll dem demographischen Wandel entgegenwirken. Da der Familienrabatt in das städtische Baulandmanagement eingebunden sei, entstünde für die Stadt eine „Win-Win Situation am Ende des Tages“.

Auch Bürgermeister Marc Venten bezeichnet den Vorschlag der FDP-Fraktion als „falsche Botschaft“. Seiner Ansicht nach solle der Familienrabatt fortbestehen, da diese Art der Förderung recht kostengünstig im Vergleich zu anderen Maßnahmen sei.

Ausschussmitglied Albert Richter geht auf die juristischen Voraussetzungen für das aktive Betreiben eines Baulandmanagements ein. Ein Wegfall des Familienrabattes könnte an anderer Stelle zu Problemen führen.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

7. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich vom 17.11.2015

Seite 22 von 25

In Bezug auf die Ausführungen seines Vorredners stellt Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter die Frage, welchen Ertrag das Baulandmanagement netto bisher für die Stadt abgeworfen hätte. Der Beigeordnete Georg Onkelbach sagt die Nachlieferung der Zahlen zu.

Beschluss-Nr. IX/316.1.16	Abstimmungsergebnis: 1 Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Haushaltsantrag der FDP, eine Überprüfung des Familienrabattes bei Grundstücksverkäufen vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung vorzunehmen, bei einer Ja-Stimme der FDP ab.	

Anschließend stimmt der Hauptausschuss über die Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie den Haushaltssanierungsplan 2012 in der Fassung der 4. Fortschreibung ab.

Beschluss-Nr. IX/316.1	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 3 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
5 a) Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen Die Aktive und FDP sowie Stimmenthaltungen der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die Haushaltssatzung für das Jahr 2016 in der vorliegenden Fassung mit Haushaltsplan und Anlagen unter Berücksichtigung folgender Änderungen und Vorgaben zur Haushaltsausführung zu beschließen: <ol style="list-style-type: none">1. Die Maßnahme „Sanierung und Modernisierung Sportanlage Korschenbroich“ wird im Haushalt entsprechend der im Projektförderantrag ausgewiesenen Finanzierung aufgenommen und ohne Ausweitung des Kreditbedarfes finanziert.2. Mit Hinblick auf den zu finanzierenden Eigenanteil werden gegebenenfalls freie Mittel der Sport- sowie der Schul- und Bildungspauschale hierzu eingesetzt und mit einem Sperrvermerk versehen.3. Bezogen auf die im Haushalt enthaltene Investition „Sozialer Wohnungsbau“ (INV60.051) werden die entsprechenden Mittel bis zur Erledigung eines hierzu ergangenen Prüfauftrages gesperrt.	

Beschluss-Nr. IX/316.1	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 3 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
5 b) Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen Die Aktive und FDP sowie Stimmenthaltungen der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, den Haushaltssanierungsplan 2012 in der Fassung der 4. Fortschreibung für die Jahre 2016 bis 2021 zu beschließen.	

6. Stellen- und Organisationsplan 2016 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe

Beschluss-Nr. IX/320.1	Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür 2 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich bei Gegenstimmen von Die Aktive und Stimmenthaltungen von Bündnis 90/Die Grünen, den Stellen- und Organisationsplan der Stadt Korschenbroich für das Jahr 2016 sowie die Stellenpläne 2016 für den Städtischen Abwasserbetrieb Korschenbroich und für den Eigenbetrieb Stadtpflege in den vorliegenden Fassungen zu beschließen. Die Stellen- und Organisationspläne sind der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.	

7. Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2016 in Verbindung mit der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell stellt Überlegungen zur Diskussion, über einen Chip in Mülltonnen auswerten zu können, wer die Gebühren bezahlt hat und wer nicht.

Dem entgegnet der Beigeordnete Georg Onkelbach, dass der Aufwand in keinem Verhältnis zum Erfolg stehen würde. Ferner hätte die Firma Schönackers bislang diesbezüglich keine Probleme angemeldet.

Im Folgenden wird über die beiden Punkte des Beschlussvorschlages zusammen abgestimmt.

Beschluss-Nr. IX/346	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu dem vorgenannten Tagesordnungspunkt zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat zu beschließen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Die Neufestsetzung der Abfallentsorgungsgebühren zum 01.01.2016 auf der Basis der dieser Niederschrift in der Urschrift als Anlage 7 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung.2. Die Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich mit Wirkung vom 01.01.2016. Diese ist der Urschrift der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.	

8. IT-Konzept der Stadt Korschenbroich 2015

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass das IT-Konzept zunächst zur Kenntnis gegeben werden soll, eine Beratung durch die Fraktionen sei danach vorgesehen. Die GPA NRW prüfe im Rahmen ihrer überörtlichen Prüfung auch den Bereich IT, insofern solle man bis zum Vorliegen des Prüfberichtes abwarten.

Das IT-Konzept ist der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 9 beigefügt.

9. Mitteilungen

Der Beigeordnete Georg Onkelbach teilt mit, dass demnächst ein Schwertransport durch das Stadtgebiet rollen werde, der mit ca. 480 Tonnen Gewicht und einer Länge von 108 Metern besondere Maßnahmen erfordere. Anschließend geht er auf den gefundenen Kompromiss bezüglich der Streckenführung ein. Geplant sei am 26.11. eine Überfahrt von der Brücke Jüchener Bach bis zur L361. Da Teilabschnitte gesperrt werden, würden Umleitungen ausgeschildert.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell berichtet von einer Kleinenbroicherin, in deren Keller in der Nähe des Jüchener Bachs Wasser stünde und fragt nach, ob es zuletzt zu einer Wassereinleitung in den Bach gekommen wäre. Beigeordneter Georg Onkelbach verneint dies.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack und das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen berichten von Problemen bei der Ausleuchtung im Bereich Stepprather Hof. Hier würde eine Hecke eine Laterne zuwuchern und häufig das Licht ausfallen. Der Beigeordnete Georg Onkelbach geht darauf ein und will die Informationen an das zuständige Amt weitergeben. An Herrn Makowiack gewandt stellt er dar, dass die Umrüstung auf LED-Lampen bei Straßenlaternen immer über eine Berechnung der Wirtschaftlichkeit zu prüfen sei.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

7. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich vom 17.11.2015

Seite 25 von 25

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell berichtet von einer schlecht ausgeleuchteten Ecke im Bereich der Herrenshoffer Feuerwehr.

10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es liegen keine Anfragen seitens der Ausschussmitglieder vor.